

Nun auch die Uiguren – China und die politische Assoziationsfreiheit

So manche Staaten sind im Lauf der Geschichte an ihren Minderheitenproblemen zerbrochen, und weiteren steht dies noch bevor. Wenn dieses Problem sich aber auch im bevölkerungsreichen Staat der Erde abzeichnet, dann gewinnt es höhere politische Brisanz denn je. Würde nämlich selbst China mit seinem repressiven Machtapparat des Problems nicht zweifelsfrei Herr werden, könnten Minderheiten anderer Länder sich erst recht ermutigt fühlen, ihren Minderheitenstatus - und damit bestehende Staatszugehörigkeiten - in Frage zu stellen. Dann aber würde das Problem weltweit allerhöchste politische Aufmerksamkeit erfordern, und dann spätestens hätte es eine entsprechend gründliche Analyse verdient.

Ein Konflikt, wie er zwischen ethnischen Chinesen und Uiguren ausgebrochen ist, trägt auf den ersten Blick archaische Züge, wie auch die von den Medien verbreiteten Bilder hasserfüllter, gewaltbereiter, mit Knüppeln aufeinander einschlagender und einander zu Tode prügelnder Mitglieder beider Ethnien zeigen. Dies ist offenkundig eine Folge generationenlang aufgestauter Intoleranz, Überheblichkeit und Ängste. Ethnische Chinesen fühlen und gerieren sich gegenüber Uiguren als staatstragende Mehrheit, und dies umso mehr, als sie mittlerweile auch in ursprünglich uigurischen Regionen zur Bevölkerungsmehrheit geworden sind. Die Uiguren halten Ansprüche auf kulturelle Eigenständigkeit und auf eine mindestens gleichgewichtige Rolle in staatlichen Institutionen dagegen. Sie wollen nicht wirtschaftlich und kulturell von einem Staatsapparat abhängig sein, der von den Interessen der chinesischen Ethnie dominiert ist. Dieser Anspruch wurde militant, sei es weil die Uiguren ihn stärker denn je bedroht sehen, sei es weil die Repression des Einheitsstaates vorübergehend an einschüchternder Wirkung verlor.

Der chinesische Staat handelt in diesem Konflikt, wie es dem politischen Bewusstseinsstand der Welt entspricht. Er setzt die geballte Staatsmacht ein, um Zweifeln über die Stärke und den Selbstbehauptungswillen des Einheitsstaates vorzubeugen, und er stößt hierbei weltweit nur auf geringen rhetorischen Widerspruch. Fremde Staatsführungen mögen die chinesische Regierung zur Besonnenheit mahnen, aber von nirgendwo kommt ein fundierter Ratschlag, wie anders mit dem Minderheitenproblem umzugehen sei. Kein Staat rät China zu einer Politik, mit der es sich in seiner Einheitsstaatlichkeit selbst in Frage stellen würde.

Auch dieser Konflikt wird daher wie in fast allen vergleichbaren Fällen nicht dauerhaft gelöst, sondern er wird erneut unterdrückt und damit der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit entzogen werden. Der chinesische Staat wird einem Willen der uigurischen Minderheit zu mehr Autonomie, erst recht aber einem unterschweligen Willen zu staatlicher Eigenständigkeit nicht nachgeben, und auf Seiten der Uiguren dürfte daher letztlich wieder die Einsicht in die Machtlosigkeit gegenüber dem bestehenden Zentralstaat einkehren.

Beim herrschenden Bewusstseinsstand mag dies tatsächlich der denkbar glimpflichste Ausgang des aktuellen Konflikts sein. Noch nämlich reichen die Vorstellungs- und die Begriffswelt der Konfliktbeteiligten über ethnische Feindbilder, über den Wunsch nach Vergeltung, nach Bestrafung und schlimmstenfalls über verheimlichte Visionen von ethnischer Säuberung kaum hinaus. Angesichts solchen Bewusstseinsstandes mag es vorerst auch noch weltfremd erscheinen, Konfliktlösungskonzepte mit ganz und gar neuartigen Vorstellungen von Staatlichkeit zu begründen. Der fundamentale Konfliktstoff aber erfordert genau dies. Der eigentliche

Konfliktstoff ist das Ausmaß an Freiheit, das den Bürgern in Fragen der staatlichen Zusammengehörigkeit gewährt werden sollte und könnte. Es geht um die Freiheit der Bürger, selbst darüber zu entscheiden, wer mit wem die Staatsbürgerschaft teilt. Im Weiteren geht es darum, ob eine gemeinsame Staatsbürgerschaft immer und überall für den Staat als ganzen gelten muss oder ob sie sich nicht auf einzelne Politikbereiche beschränken könnte. Im Uigurenkonflikt geht es also letztlich darum, ob die Uiguren dem chinesischen Zentralstaat weiter anzugehören haben und ob sie die Zugehörigkeit zum Zentralstaat nur in Gänze oder auch partiell aufkündigen können. Dies wiederum ist nichts anderes als das Problem der so genannten politischen Assoziationsfreiheit.

Demokratisierung und Staatszerfall

Natürlich gibt die reale Politik hierauf bisher die immer gleiche Antwort, dass – von historischen Ausnahmeständen einmal abgesehen – Staatsgrenzen unantastbar und Staatszugehörigkeiten unteilbar sind. Diese Vorstellung mag in der Vergangenheit alternativlos gewesen sein, aber sie ist, wie das neokratische Staatsmodell zeigt, nur eine Übergangsphase in der Entwicklung des Staatsverständnisses. Auf Dauer führt die noch herrschende Vorstellung vom Wesen eines Staates daher auch in der Frage des Uigurenkonflikts in die Irre.

Eine neokratische Analyse oder gar Lösung des Uigurenkonflikts ist sicher weit entfernt von jeder realpolitischen Agenda. Realpolitisch relevanter könnte die Frage erscheinen, wann China sich wie weit von der Staatsform der undemokratischen Einparteienherrschaft lösen und Demokratisierungsschritte wagen wird. Gerade im Fall China aber sind diese beiden Fragen, die scheinbar naheliegende der Demokratisierung und die scheinbar utopische einer Neokratisierung, eng miteinander verwoben. Eine Demokratisierung nämlich würde das Einschüchterungspotential des Einheitsstaates schwächen, rebellische Minderheiten mutiger machen und damit früher oder später in einen

Staatszerfallsprozess münden. China würde dabei glimpflichstenfalls zunächst spontan zerfallen wie einst die Sowjetunion, schlimmstenfalls aber von Beginn an so gewaltsam und blutig wie das einstige Jugoslawien. Auch weil er das eine wie das andere verhindern wollen, wird der bestehende chinesische Staat sich gegen ernsthafte Demokratisierungstendenzen stemmen, solange es irgend geht.

Die einzige Alternative hierzu, vor der Bürger und Staat sich nicht fürchten müssten, wäre eine Demokratisierung, die einen geordneten Staatszerfall nach vor-konzipierten freiheitlichen Regeln einkalkuliert. Solche Regeln wiederum ließen sich nur aus dem Prinzip der politischen Assoziationsfreiheit herleiten, das Grundlage neokratischen Staatsverständnisses ist.

Exkurs: Dissoziationsfreiheit als Kehrseite der Assoziationsfreiheit

Man kann neokratisches Staatsdenken nicht auf ein demokratisiertes China anwenden, ohne hierbei auch auf die Kehrseite der politischen Assoziationsfreiheit einzugehen, nämlich die politische Dissoziationsfreiheit. Die Entscheidungsfreiheit darüber, wer mit wem in welchem Politikbereich die Staatszugehörigkeit teilt, ist nicht denkbar ohne Entscheidungsfreiheit darüber, mit wem die Staatszugehörigkeit *nicht* geteilt werden sollte. Nicht nur Minderheiten, auch Mehrheiten müssten konsequenterweise möglichst frei darüber entscheiden können, wie lange sie aufässigen Minderheiten die Zusammengehörigkeit im gemeinsamen Staat gewähren wollen. Wie beispielsweise Tibeter oder Uiguren sich in einem neokratischen Staatswesen zumindest für partielle staatliche Eigenständigkeit entscheiden könnten, so würde daher auch eine ethnische Mehrheit von Chinesen Tibeter oder Uiguren gewissermaßen vor die Tür setzen, sie also bei missliebigen Verhalten nach demokratischen Regeln aus dem zentralstaatlichen Verband ausschließen können. Solche Dissoziationsfreiheit wäre eine unabweisbare Konsequenz der politischen Assoziationsfreiheit, und sie hätte ebenso wie die Assoziationsfreiheit nicht

nur für die gesamte, sondern auch für partielle Staatsbürgerschaften zu gelten.

Das Jahrhundertprojekt der Transformation

Die Demokratisierung Chinas, darüber sind sich die Fachwelt und die Weltöffentlichkeit im Klaren, wäre schon dann ein Jahrhundertprojekt, wenn es dabei nur um die Transformation zu einem herkömmlichen demokratischen Staatswesen ginge. Der Umstand aber, dass bei Demokratisierung Staatszerfall drohen würde und es hierfür an freiheitlich-demokratischen Regeln vorerst fehlt, wird noch sehr lange ein unüberwindliches Demokratisierungs

hemmnis bleiben. Uneingeschränkter Mut zur Demokratisierung würde daher in China erst mit der Vorstellung wachsen, wie Staatszugehörigkeiten und Staatsgrenzen auf geordnete und friedliche Weise neu bestimmt werden könnten, also mit einem ganz neuen Verständnis von Staatsgrenzen und Staatsbürgerschaft. Der Uigurenkonflikt sollte Anlass sein, dieses langfristige Problem nicht noch jahrzehntelang zu verdrängen.

07 - 2009

www.reformforum-neopolis.de